

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt



öffentlich



nicht öffentlich

--

Datum: 26.11.2012

Änderungsantrag
Drucksache Nr.

--

Antragsteller Fraktion **DIE LINKE**

Bearbeiter: Henning Foerster

Telefon: 0385-545-2957

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

- | | | |
|---|---|--|
| ☐ Finanzen und Rechnungsprüfung | ☐ Hauptausschuss | ☐ Stadtvertretung |
| ☐ Bauen, und Stadtentwicklung | | |
| ☐ Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften | | |
| ☐ Soziales und Wohnen | | |
| ☐ Kultur, Sport und Schule | | |
| ☐ Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen | | |
| ☐ Ordnung, Umwelt | | |

Beschluss am:

Betreff

Begrenzung der Zinsen für Dispositionskredite

Beschlussvorschlag

Die Verwaltungsratsmitglieder der Sparkasse Mecklenburg - Schwerin werden gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Zinsen für einen Dispositionskredit bei den Privatgirokonten ab dem kommenden Geschäftsjahr – wie bei vergleichbaren Kreditinstituten – nicht höher als 8,5% über dem Leitzins der EZB liegen.

Änderung:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sich im Interesse der Schweriner Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass zeitnah eine gesetzliche Begrenzung der Zinsen für Dispositionskredite getroffen wird.

Begründung

Menschen mit niedrigem Einkommen sind selbst für kleinere Anschaffungen oder Reparaturleistungen gezwungen, kurzfristige (Dispositions-) Kredite aufzunehmen. Während sich Kreditinstitute für einen Zinssatz von weniger als einem Prozent (aktuell 0,75 Prozent) Geld bei der Europäischen Zentralbank leihen können, sind Dispositionskredite derzeit besonders teuer, je nach Kreditinstitut zwischen 12 und 15 Prozent. Daraus resultiert eine wachsende Verschuldungsgefahr für private Haushalte. Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben die Finanzkrise des Jahres 2009 besser überstanden, als private Großbanken und Versicherer. Sie stehen auch für ein anderes Geschäftsmodell. Dies umfasst insbesondere auch das öffentliche Wohl, inklusive dem der Einkommensschwächeren.

Änderung:

Jüngste Studien des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung weisen unverhältnismäßig hohe Zinssätze für Dispositionskredite nach. Demnach werden von den Banken in Deutschland europaweit die höchsten Zinssätze verlangt. Menschen mit niedrigem Einkommen sind selbst für kleinere Anschaffungen oder Reparaturleistungen gezwungen, kurzfristige (Dispositions-) Kredite aufzunehmen. Während sich Kreditinstitute für einen Zinssatz von weniger als einem Prozent (aktuell 0,75 Prozent) Geld bei der Europäischen Zentralbank leihen können, sind Dispositionskredite derzeit besonders teuer, je nach Kreditinstitut zwischen 12 und 15 Prozent. Von dem seit Jahren sinkenden Leitzins der Europäischen Zentralbank profitieren die Verbraucherinnen und Verbraucher also nicht.

Das ursprüngliche Antragsanliegen zielte auf eine Einflussnahme in den Gremien der Sparkasse Mecklenburg Schwerin. Durch die rechtliche Bewertung wurde deutlich, dass dem Anliegen in der gewünschten Form nicht entsprochen werden kann. Dennoch muss auf eine Problemlösung hingearbeitet werden. Immer wieder aufkommende Forderungen der Politik an die Kreditwirtschaft, den Zinsvorteil auch an ihre Kunden weiterzugeben, blieben bislang fruchtlos. Die Einleitung von wirksamen Maßnahmen zur Begrenzung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite obliegt bislang allein den Banken. Daher braucht es neuerliche Initiativen zur Einführung einer gesetzlichen Begrenzung auf der Basis eines Referenzzinssatzes.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender
